

iFijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 569

Mittwoch, 29. Oktober 2014

21. Jahrgang

70 Jahre Revolution des „Jahrzehnts des Demokratischen Frühlings“

Alle Jahre wieder begehen die sozialen Bewegungen und linken Parteien in Guatemala am 20. Oktober 1944 den Tag der Revolution, der nach über 50 Jahren Diktatur freie Wahlen und zwei 'linke' Präsidenten an die Regierung brachte. CERIGUA veröffentlichte dazu einen historischen Rückblick und verwies insbesondere auf die sozialpolitischen Errungenschaften dieser Regierungen, die bis heute nachwirken. Es gehen tausende Mitglieder der sozialen und gewerkschaftlichen Bewegung auf die Strassen, allerdings mit sinkender Beteiligung. Die Gruppen haben sich inhaltlich zerstritten, so dass es verschiedene Demonstrationenzüge und -orte gibt. Und dass obwohl doch die Themen heute so aktuell wie damals vor 70 Jahren sind. Gerade dies zeigt ein dreiteiliger Dokumentarfilm, den die Universität San Carlos (USAC) erstellte. Er wartet mit bisher unveröffentlichten Bildern, Videos und O-Tönen auf.

70 Jahre Revolution – ein Rückblick

Am 20. Oktober 1944 begann ein Prozess des politischen und sozialen Wandels in Guatemala, der die nationale Geschichte wie kein anderer verändern sollte. Insbesondere beendete er vorläufig die 22 Jahre Diktatur durch General Manuel Estrada Cabrera und die 14 Jahre Diktatur des Generals Jorge Ubico.

Die Motive der Revolution

Zwischen 1898 und 1920 errichtete Manuel Estrada Cabrera eine der längsten und verheerendsten Diktaturen in der Geschichte Guatemalas. Von 1931 bis 1944 eroberte Jorge Ubico ein durch die Weltwirtschaftskrise von 1929 schwer gebeuteltes Land. Ubico kam mit Hilfe der USA an die Macht und während seiner Regierungszeit entwickelte sich das Land zu einer Bananenrepublik, ein Prozess, der bereits unter Estrada Cabrera eingeleitet worden war. Ubico schränkte gleichzeitig jegliche Form einer demokratischen Teilhabe ein. Der Kongress war verpflichtet, seinen Gesetzen zuzustimmen. Seine Macht stützte sich auf einen Militär- und Polizeiapparat, der ausgehend von einem Spitzelsystem all jene erpresste, verbannte, inhaftierte oder ermordete, die demokratische Rechte einforderten. Die Autonomie der Universitäten wurde unterdrückt und die Sekundarstufe wurde militarisiert.

Die United Fruit Company (UFCO) hatte sich mit der dienerischen Hilfe von Ubico zu einem Staat im Staate entwickelt, dem kostenlos neue Ländereien für Plantagen an der Pazifikküste gegeben wurden. Die UFCO war von Steuern befreit und konnte zollfrei jegliche Ware einführen. Es wurde der UFCO des weiteren die kostenlose Nutzung staatlicher Dienstleistungen garantiert und es bestand keine Verpflichtung, den ArbeiterInnen mehr als Niedriglöhne zu zahlen. So wurde UFCO die Besitzerin des guatemaltekischen Eisenbahnnetzes, des einzigen Atlantikhafens (Puerto Barrios) und der einzigen Schiffsflotte, die Zugang zu diesem Hafen hatte. Zugleich wurde die Produktion und Verteilung des elektrischen Stroms von dem transnationalen US-Konzern Electric Bond & Share monopolisiert.

Wirtschaftspolitisch vertrat Ubico alleine die Interessen der Oligarchie, der

Inhaltsverzeichnis

70 Jahre Revolution des „Jahrzehnts des Demokratischen Frühlings“.....	1
Chixoy-Gemeinden erhalten 1,2 Milliarden Quetzales Wiedergutmachung.....	4
Das Netzwerk von Lima Oliva.....	4
Die Regenzeit und ihre Auswirkungen.....	4
Der Schutz vor Ebola-Infektionen in Guatemala.....	5
Bilanz der Arbeit der Justiz: 63.579 Anzeigen wegen Verbrechen und 3.849 Verurteilungen.....	5
Ausnahmestand verlängert.....	5
Mail von Carlos Paz.....	6

GrossgrundbesitzerInnen und der Landbourgeoisie. Er senkte die öffentlichen Ausgaben, die eh schon niedrigen Löhne und die Währungsparität und er ging mit harter Hand gegen jegliche Opposition vor. Die Mehrheit der Bevölkerung wurde insbesondere durch zwei Gesetze niedergehalten: Erstens dasjenige, das der indigenen Bevölkerung auferlegte, für Hungerlöhne zu arbeiten. Das Gesetz der Lebensführung zwang LandarbeiterInnen an 30 Tagen im Jahr im Strassenbau zu arbeiten und dazu auch noch einen Beitrag zu zahlen, der ihre finanziellen Möglichkeiten bei weitem überstieg. Und zweitens verpflichtete sie das Gesetz gegen Faulheit dazu, an einer bestimmten Zahl von Tagen im Jahr auf fremden Fincas zu arbeiten, selbst wenn sie eigenes Land hatten. Ziel war es, sie auf den Kaffeeplantagen zwangsarbeiten zu lassen, bezahlt nach Gutdünken der GrossgrundbesitzerInnen und oft in Naturalien, die sie nur in den Läden der Herren eintauschen konnten. Sie mussten mehr als zehn Stunden am Tag schuften, so dass sie stets unter der Aufsicht der BesitzerInnen standen. In den Städten gab es keinerlei Arbeitsgesetze oder -rechte und keine Arbeitsgerichte, die Hungerlöhne verhindern würden. (Quelle: Orieta Álvarez "Antecedentes históricos del proceso revolucionario de 1944-1954 en Guatemala").

Chronologie

1940: Innerhalb der Universität San Carlos gründete sich eine Bewegung gegen die Diktatur und speziell zur Verteidigung der Autonomie der Universitäten;

1943: Die Vereinigung der Universitäts-Studierenden (AEU) wird gegründet, eine Organisation, die später eine wichtige Rolle beim Sturz Ubicos spielen sollte.

Juni 1944: Die Studierenden beginnen einen offenen Kampf gegen die Diktatur. In diesem Monat werden tausende Flugblätter heimlich gedruckt und verteilt, welche die Bevölkerung auffordern, die nationalen Feierlichkeiten vom 30. Juni (in Erinnerung der liberalen Revolution von 1871) zu sabotieren.

14. Juni 1944: Nach einer Denunziation wird eine Gruppe Studierender verhaftet, was zu Protesten verschiedener studentischer und beruflicher Zirkel führt. Sie fordern den Rücktritt der von Ubico ernannten Mitglieder der Universitätsführung.

21. Juni 1944: Eine Generalversammlung der Studierenden findet in der Aula der Universität statt. Sie wird von ArbeiterInnen, KunsthandwerkerInnen, LehrerInnen und Angehörigen anderer Berufsgruppen unterstützt. Die Versammlung droht dem Diktator mit einem Generalstreik, wenn er nicht zurücktrete. Sie organisieren eine zivile Kampagne, die in den Demonstrationen vom 25. Juni münden. Diese Demonstrationen werden von der Kavallerie brutal unterdrückt, wobei die Lehrerin María Chinchilla erschossen wird. Zugleich gibt es einen Streik der EisenbahnarbeiterInnen. Ubico wird sich seiner Isolierung bewusst, als er das „Manifest der 311“ erhält, ein Dokument, das von AnwältInnen und anderen Berufsangehörigen unterzeichnet wurde und die Wiederherstellung der Verfassungsrechte verlangt. Die Bewegung gegen Ubico, die von Studierenden initiiert wurde, geht auf Teile der Oligarchie über, auf Kaufleute und LandbesitzerInnen, die mit deutschem Kapital verbunden sind, auf Sektoren der aufsteigenden Bourgeoisie und auf die ArbeiterInnenklasse der Hauptstadt.

1. Juli 1944: Angesichts dessen tritt der Diktator zurück und übergibt die Macht an drei seiner Generäle, darunter Federico Ponce Vaide, den die Versammlung der Legislative zum Übergangspräsidenten ernennt. Die neue Regierung setzt die Verfassungsrechte wieder in Kraft, beendet die Monopole auf Zucker, Tabak und Fleisch, erlaubt politische Parteien und Gewerkschaften, gibt zu, dass es notwendig sei, die Löhne zu erhöhen, macht Konzessionen an die Studierenden und LehrerInnen und erklärt, dass sie die Regierung an jene übergeben werde, die die für den 17. und 19. November angesetzten Wahlen gewinnen werden.

Januar 1945: Juan José Arévalo Bermejo übernimmt das Amt des Präsidenten.

Januar 1951: Jacobo Arbenz Guzmán wird Präsident von Guatemala.

Massnahmen der Präsidenten Arévalo und Arbenz

Präsident Arévalo leitete bedeutende soziale Reformen ein, etwa ein Arbeitsrecht, die Sozialversicherung, das Frauenwahlrecht, das Wahlrecht für AnalphabetInnen. Arbenz vertiefte insbesondere den nationalistischen und anti-oligarchischen Charakter der Revolution, etwa durch Massnahmen gegen die Monopole der USA und anderer fremder Mächte und durch die Agrarreform. Diese revolutionäre Periode führte, wie alle demokratischen bürgerlichen Revolutionen, zu einem Erwachen der unterdrückten Massen, zu einer Organisation der LandarbeiterInnen und ArbeiterInnen, um zum ersten Mal in der Geschichte für ihre Klasseninteressen zu kämpfen. Die Dynamik, die diese Massenbewegungen mit sich brachte, verschärfte den Klassenkampf und bedrohte die Interessen der imperialistischen Kräfte. Dadurch wurde die politische Lage stark polarisiert: die kleinbürgerlichen Sektoren der Gesellschaft, die die Revolution von 1944 begonnen hatten, waren nicht bereit, sie noch weiter zu verfolgen, da sie sowohl die Bedrohung durch die ausländischen Mächte fürchteten als auch die der Volksbewegungen.

Die Regierung Arbenz und die Volksorganisationen vertrauten blind dem Militär und den staatlichen Institutionen, was den Aufbau von Volksmilizen und Institutionen des Volkes verhinderte und letztendlich auch mit ein Grund für das Scheitern der Revolution war. Das erlaubte den Triumph der Konterrevolution von 1954, die dem Land eine Serie von Militärdiktaturen mit offenkundigen massiven Menschenrechtsverletzungen brachte. (Quelle: Website: *Información Libre 2000, zusammengestellt von Cerigua*)

USAC stellt dreiteiligen Dokumentarfilm über Árbenz vor

Die Universität San Carlos (USAC) und ihr TV-Sender stellten den dreiteiligen Dokumentarfilm *Árbenz* vor. In je einstündigen Teilen werden 1. der revolutionäre Jugendliche, Soldat des Volkes, 2. der revolutionäre Präsident, Oberst des Frühlings und 3. Sturz, Exil und historische Bedeutung, mit Bildern, Videos und O-Tönen dargestellt, die bisher nicht veröffentlicht worden waren. Am 22., 23. und 24. Oktober wurde der gesamte Film jeweils ab 17 Uhr im Museum der Universität San Carlos gezeigt. Moderiert wurden die Veranstaltungen mit anschließender Diskussion von dem Arzt, Forscher und Revolutionär, Ricardo Asturias Valenzuela, dem Schriftsteller und Revolutionär, Antonio Móbil, sowie dem Sozialwissenschaftler Jorge Solares, der für die Universität beauftragt war, die Überreste von Árbenz Guzmán im Jahre 1995 nach Guatemala zurückzuführen. Die bis dato unveröffentlichten, im Film verwendeten Materialien wurden von FreundInnen, Familienangehörigen, AkademikerInnen und ForscherInnen wie auch von nationalen und internationalen Institutionen beige-steuert.

Die Feierlichkeiten der Volksbewegungen

Tausende (Land-)ArbeiterInnen, Studierende, GewerkschaftlerInnen und BürgerInnen Guatemalas versammelten sich in der Altstadt der Hauptstadt, um dem 70. Jahrestag der Revolution vom 20. Oktober 1944 zu gedenken. Wie in jedem Jahr startete der Marsch der Demonstrierenden an der Avenida Bolívar, um dann über die 18. Strasse der Zone 1, vorbei an dem Rathaus zur sechsten Avenida zu führen und auf dem Platz der Verfassung zu enden. Laut Amílcar Montejo von der Verkehrspolizei haben zu Beginn der Aktivität etwa 4.000 Personen an dem Marsch teilgenommen.

In den Beiträgen der verschiedenen Sektoren wurden die Errungenschaften der revolutionären Regierungen von Juan José Arévalo und Jacobo Arbenz Guzmán beschworen, vor allem dass dabei die zuvor ausgeschlossenen sozialen Klassen politische und soziale Rechte erhielten, Gewerkschaftsrechte, Bildung und Sozialversicherung. Sie erinnerten auch daran, dass damals die Autonomie der USAC anerkannt wurde. Ein besonders wichtiger Ort während des Marsches war die Pasaje Rubio, zwischen der 6. Avenida und 8. Strasse in der Zone 1, dem Ort, an dem vor 36 Jahren der Generalsekretär der AEU, Oliverio Castañeda de León, von staatlichen Agenten ermordet wurde. An dieser Stelle drückten Mitglieder der USAC ihre Verurteilung des Verschwindens der 43 Studierenden im mexikanischen Guerrero aus und erinnerten daran, dass die Studierendenschaft unter den Militärajuntas Guatemalas die am stärksten von Repression betroffene Gruppe gewesen sei.

Die ArbeiterInnen forderten von der Regierung und der Privatwirtschaft die Gewerkschaftsfreiheit zu achten und die tariflichen Verträge einzuhalten. Auch verlangten sie die Aufklärung der Morde an gewerkschaftlich organisierten ArbeiterInnen und ein Ende der diesbezüglichen Straffreiheit.

Weitere Forderungen der sozialen Bewegungen betrafen die Schaffung von Arbeitsplätzen mit menschenwürdigen Bedingungen, die Ausgabe von Medikamenten in öffentlichen Gesundheitszentren, ein Ende der Gewalt, der Zugang zu einer qualitativ hochrangigen Bildung und die Aufhebung des Investitionsgesetzes, welches sie als einen Anschlag auf die Arbeitsrechte ansehen, vor allem aufgrund der flexiblen Gehälter.

Sektoren der LandarbeiterInnen aus verschiedenen Teilen des Landes verurteilten den Ausnahmezustand in San Juan Sacatepéquez, da diese nicht der lokalen Bevölkerung helfe, sondern im Gegenteil zur Verteidigung der Interessen des Unternehmens Cementos Progreso diene.

Der 20. Oktober wird (fast) immer auf die selbe Art und von immer weniger Menschen aus den Gewerkschaften begangen. Gegenüber Cerigua erklärte der Leiter des Gewerkschaftsverbandes CGTG, José Pinzón, dass viele nicht teilnehmen, da sie verhindern wollten, von politischen Organisationen benutzt zu werden. Zugleich führten diese Ängste vor Vereinnahmung dazu, dass es mindestens zwei verschiedene Demonstrationzüge gebe, die sich dann allerdings am gleichen Ort, dem Platz der Verfassung, trafen. Schliesslich sei die Bedeutung jener Epoche verschwunden, ihre Aktualität verloren. Insbesondere die Jugend erlebe die Konfrontationen untereinander intensiver als die Auswirkungen dieser revolutionären Periode, und kämpfe daher in diesen mehr als in den 'alten'. (Cerigua)

Chixoy-Gemeinden erhalten 1,2 Milliarden Quetzales Wiedergutmachung

Guatemala, 15. Okt. 33 Gemeinden, die von dem Bau des Wasserdamms Chixoy betroffen waren, unterzeichneten nun einen Vertrag mit der Regierung. Dieser setzt demnach einem Konflikt ein Ende, der Anfang der 80er Jahre entstand. Die Wiedergutmachungszahlungen umfassen eine Gesamtsumme von 1,2 Milliarden Quetzales (ca. 120 Mio. Euro), die während der nächsten 15 Jahre ausgezahlt werden (107 Millionen Quetzales pro Jahr).

Juan de Dios García, Repräsentant der *Koordination der Betroffenen vom Bau des Wasserstaudamms Chixoy* (Cocaich) gab an, dass beide Seiten in einigen Punkten nachgeben mussten. Mit diesem Abkommen werden die Massnahmen der Rückgabe der Würde, der Rehabilitation und der Nicht-Wiederholung der Verbrechen Wirklichkeit werden, wenn denn die Regierung ihren Teil einhält. „Der Kampf geht weiter, denn noch immer fehlen 15 Jahre, damit das Thema der wirtschaftlichen Wiedergutmachung erfüllt ist“, so Dios García.

Der Vorsitzende der *Kommission des Nationalen Dialogs*, Miguel Ángel Barcácel, erklärte, dass das „was wir hier gerade tun, etwas Historisches ist, da es das Ergebnis eines langen systematischen Kampfes ist, mit dem die Gemeinden ihre Rechte einfordern“. Das schwierigste sei in diesem Fall gewesen, den rechtlichen, technischen und finanziellen Rahmen zu definieren.

Mit der Wiedergutmachung sollen die Schäden, die durch den Bau vom Chixoy-Staudamm verursacht wurden, bezahlt werden. Dabei wurden vor etwa 30 Jahren 33 Gemeinden geräumt und 444 AnwohnerInnen von Rabinal, Department Baja Verapaz, massakriert. Sie hatten sich geweigert, ihr Land zu verlassen und aufzugeben. (EP, PL, SV)

Das Netzwerk von Lima Oliva

Guatemala-Stadt, 22. Okt. Es ist nun offiziell: Ex-Direktor des Gefängnisvollzugsystems Édgar Camargo, Alejandra Reyes Ochoa (die Frau von Byron Lima Oliva) und Ex-Polizeibeamter Carlos Cermeño werden sich ebenfalls vor Gericht verantworten müssen. Ihnen wird vorgeworfen, Teil des Netzwerks gewesen zu sein, das Gewinne für Insassen aushandelte.

Gemäss der Entscheidung von Richter Miguel Ángel Gálvez, wird Camargo der illegalen Vereinigung und Vetternwirtschaft angeklagt. Reyes Ochoa wird wegen Geldwäsche vor Gericht gestellt. Und Cermeño muss sich ebenfalls wegen illegaler Vereinigung und Vetternwirtschaft verantworten.

Die Staatsanwaltschaft und die CICIG gaben vor Gericht an, dass gegen die Angeklagten ermittelt wurde, da man vermutete, dass sie einer Bande angehörten, die Byron Lima aus dem Gefängnis Pavoncito heraus kommandierte. Von dort veranlasste er Verlegungen von wenigsten sieben Insassen im Austausch von Geld in „angenehmere“ Gefängnisse.

Die Staatsanwaltschaft sagte aus, dass Camargo die Verlegung der Insassen anordnete und dafür Geld erhielt. Cermeño habe wohl die Verlegungen organisiert, die Lima Oliva erbat, da er eine enge Freundschaft mit dem nunmehr Ex-Direktor pflegte.

Reyes Ochoa, als Frau des vermutlichen Bandenchefs, fungierte als Strohfrau: Mehrere luxuriöse Eigentümer, die Lima Oliva erwarb, sind auf ihren Namen eingetragen.

Camargo befindet sich derzeit noch immer im Krankenhaus, wird aber bei Genesung in das Militärgefängnis überstellt, in dem auch Cermeño derzeit untergebracht ist. Reyes Ochoa konnte auf Kautions das Gefängnis verlassen und steht unter Hausarrest. (PL)

Die Regenzeit und ihre Auswirkungen

Guatemala-Stadt, 22. Okt. In den letzten Monaten bekamen die EinwohnerInnen Guatemalas die Folgen der Regenzeit wiederum verstärkt zu spüren. Das *Nationale Institut für Seismik, Vulkanologie, Meteorologie und Hydrologie* (Insivumeh) prognostiziert, dass die diesjährige Regenperiode sich bis Ende Oktober verlängern wird.

César Georde, Beauftragter für Meteorologie erklärte, dass sich im Golf von Mexiko ein Tiefdruckgebiet formiert hat, was auch nach Guatemala ziehen könnte. Deshalb werde es mit dem Regen nicht aufhören. Und nach den Regenfällen im Oktober ist Anfang November eine massive Kaltfront zu erwarten.

So kam es in der Woche vom 20. Oktober zu starken Regenfällen, die 24 Stunden andauerten und mehr als 12.000 Personen beeinträchtigten. Vor allem waren die Departements Guatemala, Zacapa, Baja Verapaz, Chimaltenango und Petén betroffen. Damit summiert sich die Zahl der von der aktuellen Regenperiode betroffenen Personen auf 87.000.

Und die Auswirkungen des lang anhaltenden Regens können enorm sein: Schäden an der Infrastruktur sind fast überall zu verzeichnen. Grund dafür sind die erhöhten Wasserstände der Flüsse, Überschwemmungen und Erdbeben. Umge-

kippte Bäume und einstürzende Bauten sorgten für Verletzte, viele Personen mussten evakuiert werden.

Laut Berechnungen der *Nationalen Koordination für die Reduzierung von Naturkatastrophen* (Conred) sind bis zu 44% des nationalen Territoriums von Überschwemmungen, Erdbeben und Einstürzen bedroht. Das entspricht 15 Departements in Risikosituation. (PL, LH)

Der Schutz vor Ebola-Infektionen in Guatemala

Guatemala-Stadt, 23. Okt. Eine Geburtsklinik der Zone 13 der Hauptstadt, die in der Nähe des Internationalen Flughafens La Aurora liegt, wird umfunktioniert werden, um eventuelle Fälle von Ebola behandeln zu können. Dies sei eine blosser Präventionsmassnahme, so Gesundheitsminister Luis Monterroso, denn im Land seien noch keine Fälle von Ebola bekannt geworden. Die Ausstattung der Klinik für die Geburten und die pränatalen Behandlungen wird in ein 500 Meter entferntes Gesundheitszentrum verlegt. Noch ist unklar, wie das Equipment, das zu monatlich 250 Geburten und täglich 70 pränatalen Untersuchungen diene, im Gesundheitszentrum zweckmässig aufgestellt werden kann.

Bei der Ausstattung der Ebola-Auffangstelle werden, laut dem Minister, internationale Protokolle der Prävention von Krankheiten und der Weltgesundheitsorganisation angewandt. Die Klinik verfügt z.B. über Einzelzimmer mit privatem Bad, die zur Isolierung der PatientInnen dienen. Innerhalb von einer Woche soll das Zentrum umgebaut werden. Es werden isolierte Zonen gewährleistet sein, die der Identifizierung, der Blutanalyse, der Unterbringung von RisikopatientInnen und von infizierten PatientInnen dienen. Auch eine Besucherzone wird eingerichtet.

Es ist nur natürlich, dass die Koordinatorin des Krankenhauses, die dort seit 18 Jahren arbeitet, nicht unbedingt von diesen Änderungen erfreut ist, vor allem in Anbetracht dessen, dass die Regierung keine wirkliche Alternative für die Klinik geplant hat. Das Gesundheitsministerium gab dazu an, dass sie an einer Lösung für den Umzug in das Gesundheitszentrum arbeiten, dass aber die Ebola-Bedrohung Vorrang habe.

Am 18. Oktober gab die Regierung der USA bekannt, dass sie ein Präventions- und Vorbereitungsprogramm in Bezug auf Ebola in Guatemala unterstützen werden. Ziel sei es, 1.800 ArbeiterInnen aus dem Gesundheitssektor auf ein mögliches Eindringen des Ebola-Virus im Land vorzubereiten. Epidemiologie-ExpertInnen aus Atlanta, USA, werden innerhalb einiger Tage 16 SpezialistInnen des Gesundheitsministeriums ausbilden, die dann wiederum ihr Wissen an ein Netz von öffentlichen und privaten Gesundheitsträgern weitergeben.

Da der Flughafen eine offene Tür für das Eindringen des Virus sein könnte, so Monterroso, wurden dort die Präventionsmassnahmen verstärkt. Drei Infrarotkameras werden die Körpertemperatur der Reisenden kontrollieren. (PL)

Bilanz der Arbeit der Justiz: 63.579 Anzeigen wegen Verbrechen und 3.849 Verurteilungen

Guatemala-Stadt, 23. Okt. Die Staatsanwaltschaft (MP) erhielt zwischen den Jahren 2001 und 2014 insgesamt 63.579 Anzeigen wegen Verbrechen wie Mord, Erpressung und Entführung. Davon wurden 9.449 Fälle der Justiz übertragen und in 3.849 Fällen wurde ein Schuldspruch erreicht. Die Anzeigen, die die MP aufnahm, unterliegen Ermittlungen, um zu entscheiden, ob wirklich ein Verbrechen vorliegt. Dabei gehen die meisten Anzeigen aufgrund von Mord und Erpressung ein: 34.417 für Mord und 27.057 für Erpressung. Entführung und Fälschung führten zu „nur“ 2.105 Anzeigen. Es wurden in 953 Mordfällen Schuldsprüche erwirkt, in 937 Fällen von Totschlag, in 509 Entführungsfällen und 1.450 Erpressungstaten. Zusammenfassend kann man sagen, dass die Anzahl der Anzeigen, die der Justiz übergeben werden, nur einem kleinen Prozentsatz entsprechen. Dabei sind mehr Urteile Freisprüche und nicht Schuldsprüche. Das erhöht jedoch die Diskrepanz zwischen der Anzahl der von der MP registrierten Fälle und der Anzahl der Fälle, in denen ein TäterIn verurteilt wird. (LH)

Ausnahmezustand verlängert

San Juan Sacatepéquez, 21. Okt. Am Morgen des 21. Oktober veröffentlichte die Zeitung *Diario de Centro América*, dass der Ausnahmezustand in San Juan Sacatepéquez vom 21. September dieses Jahres um zwei weitere Wochen verlängert wurde.

Die Regierung entschied sich für diese zweite Verlängerung des Ausnahmezustands nachdem am 20. September in dem Dorf Los Pajoques 8 Mitglieder einer Familie sowie drei weitere Personen ermordet wurden. Dementsprechend ist das Tragen von Waffen, Streiks, Demonstrationen, u.a. noch immer verboten.

Die Grundlage für die Entscheidung der Regierung bildet die Tatsache, dass die Gründe für die Ausrufung des Ausnah-

mezustands noch immer vorhanden seien und „die verfassungsmässige Ordnung, die Regierbarkeit, die Freiheit, die Sicherheit, die Justiz, der Frieden und die integrale Entwicklung der Personen in Gefahr bringen“.

Die EinwohnerInnen von Pilar I und II, zwei der 12 Gemeinden in Widerstand gegen die Zementfabrik, taten dem *Büro des Menschenrechtsombudsmanns* (PDH) ihr Missfallen über die Präsenz der Polizei und des Militärs kund.

Laut des PDH haben die EinwohnerInnen Anzeigen gegen die Sicherheitskräfte erstattet, da sie die Kinder durch ihre Anwesenheit in Angst versetzen.

NachbarInnen der Gemeinde von San Antonio las Trojes I gaben an, dass Polizeimitglieder Amtsmissbrauch gegenüber den AnwohnerInnen beim Durchsuchen der Autos bei Strassensperren begangen haben. Beim Durchsuchen bei der Ein- und Ausfahrt aus der Gemeinde haben sie mitgeführtes Obst und Gemüse der HändlerInnen beschädigt und somit die Ware unverkäuflich gemacht.

Weitere Beschwerden liegen wegen sexueller Belästigung vor, da die Sicherheitskräfte beim Durchsuchen der Personen die Frauen an intimen Stellen berührten - was die Opfer aber aus Angst nicht anzeigen.

Auch die Idee, dass die Präsenz des Militärs der Sicherheit diene, scheint in den Augen der AnwohnerInnen übertrieben. Vielmehr sei es eine Ausrede, illegale Festnahmen von Personen, die sich gegen die Aktivitäten der Zementfabrik stellen, durchzuführen. (Cerigua, PL)

Mail von Carlos Paz

Liebe FreundInnen und UnterstützerInnen,

seit mehreren Jahren werden unsere Organisation, der CUC, und sein Koordinator Daniel Pascual immer wieder kriminalisiert. Es wurden Hunderte von Kolumnen und bezahlten Anzeigen gegen ihn verfasst; er erhielt Morddrohungen und es wurden Gerüchte über seine baldige Festnahme in die Welt gesetzt. Der letzte dieser Vorfälle geschah nach dem Tod von elf Personen im Bezirk San Juan Sacatepéquez, 40 km von Guatemala Stadt entfernt. Dort lehnen 12 Gemeinden den Bau einer grossen Zementfabrik ab. (Anmerkung d. Ü.: Das Zementwerk entzieht den BewohnerInnen, die zum grossen Teil vom Blumenanbau leben, aufgrund der Staubbelastung und des grossen Wasserverbrauchs ihre Existenzgrundlage.) Das Unternehmen hat mit Billigung der Regierung paramilitärische, mit der Firma kooperierende Gruppen installiert. Am 19. September ermordete eine dieser Gruppen 3 Personen und verletzte weitere, als Teil einer grossen Provokation, um die Verhängung des Ausnahmezustands zu rechtfertigen. Angesichts der Ermordeten und Verletzten griffen unbekannte Täter eine der Firma nahestehende Familie an, mit dem traurigen zu Beginn erwähnten Ergebnis. Einige Tage später machten verschiedene Medien den CUC und Daniel Pascual für diese Vorkommnisse verantwortlich, obwohl Daniel sich mehr als 180 km entfernt befand. In einem Interview machte dann auch der Innenminister Daniel Pascual verantwortlich, und Tage später erhob eine Gruppierung der extremen Rechten (Liga für das Vaterland) Anklage gegen ihn, indem sie ihn des Terrorismus, der Verletzung der Verfassung und der Anstiftung zum Verbrechen anklagte.

Angesichts dessen bitten verschiedene guatemaltekische Organisationen um eine Eilaktion für Daniel Pascual und den CUC. Forderungen und die Adressen stehen unten.

Wir bedanken uns im Voraus für eure Solidarität und bitten um Verbreitung dieser Eilaktion.

Carlos Paz, CUC

Adressen:

- Innenminister: Ministerio de Gobernación, Ministro de Gobernación, Mauricio López Bonilla, 6ª. Av. 13-71 Zona 1, Ciudad de Guatemala, **Guatemala**, email: kldivas@mingob.gob.gt

<https://www.facebook.com/mauriciolopezbonilla>

- Staatsanwaltschaft: Ministerio Publico, Fiscal General del Ministerio Publico, Thelma Esperanza Aldana Hernández, 15 Av. 15-16 Zona 1, 2º. Nivel, Ciudad de Guatemala, **Guatemala**, email: jsaguirre@mp.gob.gt

<https://www.facebook.com/mpguatemala>

- Präsident: Presidente de la República de Guatemala, Sr. Otto Pérez Molina, Secretaria Privada de la Presidencia, 6ta Avenida 4-46 de la Zona 1, Ciudad de Guatemala, **Guatemala**, e-mail: Informacion@secretariaprivada.gob.gt

<https://www.facebook.com/ottoperezmolina>

- Botschaft der Republik Guatemala, Joachim-Karnatz-Allee 47, 10557 Berlin, **Deutschland**, Tel.: 030 206 436 3, Fax: 030 206 436 59, Email: sekretariat@botschaft-guatemala.de

http://www.botschaft-guatemala.de/component/option,com_contact/Itemid,42/

Der Briefvorschlag auf Spanisch kann bei der Redaktion angefragt werden. Hier wäre die deutsche Übersetzung:

Mit großer Sorge habe ich erfahren, dass die Antwort des guatemaltekischen Staats auf das Massaker vom 19. September in der Gemeinde Los Pajoques die Verhängung des Ausnahmezustandes und die Kriminalisierung lokaler Anführer ist. Zudem werden der CUC und sein Sprecher Daniel Pascual des Terrorismus und der Anstiftung zu Verbrechen angeklagt.

Ganz im Gegenteil sind es die Projekte der Zementfirma, die in den beteiligten Dörfern zu vorher unbekanntem großen Konflikten geführt haben. Dazu kommt, dass die Regierung die friedlichen Proteste der 12 Gemeinden im Widerstand von San Juan Sacatepéquez seit 2007 nicht zur Kenntnis nimmt.

Ich bitte Sie daher dringend, dass der Staat die Rechte der 12 Gemeinden von San Juan Sacatepéquez garantiert, die durch den geplanten Bau der Zementfabrik, den Bau der Regionalen Ringstraße und die Installation einer Militärbrigade verletzt werden, dass vor der weiteren Durchführung dieser Projekte das Ergebnis der Volksbefragung dazu zur Kenntnis genommen wird, und dass die in den friedlichen Protestmärschen seit 2007 geäußerten Forderungen berücksichtigt werden.

Darüber hinaus bitte ich Sie, dass der guatemaltekische Staat angesichts der unverantwortlichen und grundlosen Anschuldigungen, Drohungen, politischer Verfolgung und medialen Kampagnen gegen Daniel Pascual Maßnahmen ergreift, damit der Sprecher des CUC und Verteidiger der Menschenrechte Daniel Pascual wie auch die anderen Mitglieder des CUC ihre Rechte frei ausüben können.

Damit sich diese gewalttätige Situation in Zukunft nicht wiederholt, bitte ich Sie allgemein, dass der guatemaltekische Staat:

die nötigen Maßnahmen ergreift zur Durchsetzung politisch relevanter Dialogmechanismen in Regionen mit indigenen Völkern, deren Interessen durch Bergbauprojekte und Ausweitung von Monokultur angegriffen werden,

die wichtige Arbeit von Personen, die die Menschenrechte verteidigen, wertschätzt, anerkennt und unterstützt, statt diese zu verfolgen und zu kriminalisieren,

Praktiken der Kriminalisierung und Verfolgung von MenschenrechtlerInnen ablehnt, die noch aus der Zeit des bewaffneten Konflikts stammen.

Hochachtungsvoll

¡Fijáte!

vierzehntägiger e-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

Redaktion:

Wiebke Schramm – wibsca@gmail.com
Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Solidarität mit Guatemala e.V., Sitz in D-79100 Freiburg
Vereinsregister Nr. 2674, Steuer-Nr. 06470/10312, beim Finanzamt Freiburg i.Br. als gemeinnützig anerkannt.

Abo-Verwaltung: fijate@web.de

Solidarität mit Guatemala e.V., Jahresabonnement 50.-€

Kto. -Nr.: 32 95 01-751, Postbank BLZ: 660 100 75, IBAN: DE42660100750329501751, BIC: PBNKDEFF

Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF, Konto-Nr. PC: 30-516068-6